

Executive Summary

September 2025

Empfehlungen für eine gesündere und resilientere Gesellschaft

»Psychische Gesundheit«

Die BVPG auf einen Blick

Die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG) setzt sich mit ihren mehr als 130 Mitgliedsorganisationen seit 1954 als unabhängiger Dachverband für die Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland ein. Die BVPG vernetzt, berät und begleitet zentrale Entwicklungen in Prävention und Gesundheitsförderung, fördert den interdisziplinären Austausch, stärkt Strukturen und bringt Empfehlungen aktiv in die politische Diskussion ein, um diese Themen dauerhaft im politischen Handeln zu verankern. Damit ist die BVPG seit über 70 Jahren eine verlässliche Plattform für Zusammenarbeit, Beratung und Transfer zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis.

Empfehlungen für eine gesündere und resilientere Gesellschaft

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – demografischer Wandel, Klimawandel, geopolitische Konflikte und demokratiegefährdende Entwicklungen – wirken sich unmittelbar auf die Gesundheit aus und erfordern entschlossenes, gemeinsames Handeln. Um Leitlinien dafür zu entwickeln, richtete die BVPG 2024 vier Arbeitsgruppen zu den Themen »Gesundheitliche Chancengerechtigkeit«, »Bewegung, Sport und Gesundheit«, »Klimawandel und Gesundheit« sowie »Psychische Gesundheit« ein, um die zentralen Zukunftsfragen aus der Perspektive des »Health in and for All Policies«-Ansatzes zu bearbeiten. Auf dieser Grundlage veröffentlichte die BVPG zur Bundestagswahl 2025 das Policy Paper »Herausforderungen und Chancen zur Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung in der 21. Legislaturperiode«, das Prävention und Gesundheitsförderung als Schlüssel zur Stärkung von Gesundheit, Resilienz, Gemeinwohl und Demokratie herausstellt.

Executive Summaries – konkrete Leitlinien für Politik und Praxis

Die vorliegenden Executive Summaries knüpfen an diese Ergebnisse an. Sie konkretisieren die Empfehlungen der Arbeitsgruppen, damit diese in Gesetzgebung, Förderprogramme und praktische Umsetzung einfließen können.

Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG)

Heilsbachstraße 30 | 53123 Bonn | Telefon 0228 – 9 87 27 0

 info@bvpraevention.de  [BVPG e.V.](#)  [@bvp^g.bsky.social](#)

www.bvpraevention.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Executive Summary der Empfehlungen zu »Psychische Gesundheit«

Psychische Gesundheit ist von entscheidender Bedeutung für das Wohlbefinden, die Lebensqualität und die gesellschaftliche Teilhabe. In Deutschland sind psychische Störungen weit verbreitet. Die Folgen für die Betroffenen sind gravierend und verursachen hohe Kosten, beispielsweise durch Arbeitsausfälle und Erwerbsminderungsrenten. Soziale Ungleichheiten, Krisen wie die Pandemie und eine unzureichende Datenlage machen einen integrativen Public Mental Health-Ansatz erforderlich, der psychische Gesundheit in alle Politikbereiche einbindet.

Zentrale Herausforderungen

Psychische Störungen sind weit verbreitet. Im Jahr 2023 erhielten allein in der ambulanten Versorgung 40 % der Erwachsenen eine psychische Diagnose, und etwa 75 % der psychischen Erkrankungen beginnen bereits im Kindes- und Jugendalter. Risikofaktoren wie Einsamkeit, Gewalt und aktuelle Krisen erhöhen die Belastung und verstärken soziale Ungleichheiten. Prävention und Förderung der psychischen Gesundheit sind zentrale Aufgaben, die jedoch durch fehlende Daten, die mangelnde Erreichbarkeit marginalisierter Gruppen, den langsamen Praxistransfer und strukturelle Hürden erschwert werden. Eine systematische Mental Health Surveillance und gezielte Maßnahmen sind daher dringend erforderlich.

Empfehlungen an die Politik

- **Surveillance:** Die Mental Health Surveillance sollte gezielt weiterentwickelt werden, um bestehende Datenlücken zu schließen und verlässliche Informationen zu Prävalenz und Inzidenz psychischer Erkrankungen bereitzustellen.
- **Evidenztransfer:** Es sollten gesetzliche Verfahren geschaffen werden, die die Überführung evidenzbasierter und wirksamer Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen in die Regelversorgung ermöglichen.
- **Kooperation:** Die sektorenübergreifende Zusammenarbeit aller relevanten Akteure in Prävention und Gesundheitsförderung muss durch gezielte Vernetzung gestärkt werden.
- **MHPSS-Integration:** MHPSS (Mental Health Psycho-Social Support) sollte trägerübergreifend in die Grundsätze und Förderrichtlinien der Präventionsträger implementiert werden.
- **Präventionsempfehlungen:** Die Ermächtigung zur Abgabe von Präventionsempfehlungen sollte auf die Richtlinienpsychotherapie sowie auf die Pflege im SGB V und SGB XI ausgeweitet werden.
- **Zielgruppenprävention:** Die zielgruppenspezifische Prävention bei besonderen Risiken, etwa für Kinder psychisch kranker Eltern oder nach Suizidversuchen, sollte explizit im § 20 SGB V verankert werden.
- **Gesetzesreform:** Notwendige Weiterentwicklungs- und Reformprozesse im Bereich Prävention sollten in einer ressortübergreifenden Fortschreibung des Präventionsgesetzes gebündelt werden.
- **Bundesstrukturen:** Eine klare Zuständigkeit für psychische Gesundheit auf Bundesebene sollte durch den Aufbau tragfähiger Arbeitsstrukturen, etwa als Schwerpunkt eines Bundesinstituts, sichtbar verankert werden.
- **Gesundheits-Checks:** Für alle Gesetzesvorhaben sollten verpflichtende Gesundheits-Checks eingeführt werden, die die Auswirkungen auf das gesamte Spektrum psychischer Gesundheit berücksichtigen.
- **BVPG-Stärkung:** Die BVPG sollte als zentrale Plattform für Kooperation, Vernetzung und den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis weiter gestärkt werden.

Um die psychische Gesundheit nachhaltig zu stärken, ist es unerlässlich, einen »Mental Health in All Policies«-Ansatz (MHiAP) zu verfolgen und die Förderung psychischer Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verankern.